Hakenkreuz aus Dienstmunition

Und Christbaum-Kugeln mit SS-Runen: NRW-Innenminister Reul macht im Landtag deutlich, dass sein robustes Vorgehen gegen einen Neonazi-Chat im Polizeipräsidium Essen/Mülheim keineswegs überzogen sei

Von Tobias Blasius

Düsseldorf. Alles nur eine „Hexenjagd“ auf unbescholtene Polizeibeamte? Ein politisch-korrekter Popanz aus nichtigen Gründen? Als NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) am Donnerstag im Fachausschuss des Landtags einen aktuellen Sachstand zu rechtsextremistischen Tendenzen im Polizeipräsidium Essen/Mülheim geben soll, ringt er zwischenzeitlich um seine freundlich-rheinische Contenance. Als „unverschämt“, ja beinahe „verletzend“ habe er vieles empfunden, was in den vergangenen Tagen über seine Personalführung gesagt und geschrieben wurde. Er könne doch „niemanden mit der Dienstwaffe herumrennen lassen“, der möglicherweise nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehe.

Was war geschehen? Mitte September hatte Reul öffentlich gemacht, dass auf dem Handy eines Beamten des Mülheimer Streifendienstes zufällig 18 Chatgruppen mit zum Teil rechtsextremen Bildern und Beiträgen gefunden wurden. Der Innenminister ordnete die sofortige Suspendierung von 31 Polizisten einer gesamten Mülheimer Dienstgruppe an, die irgendwie in die Vorgänge verwickelt schienen.

Peinlich für Reul: Das Verwaltungsgericht Düsseldorf beförderte eine Beamtin zurück in den Dienst, weil sie lediglich vor Jahren eine billige Hitler-Parodie per WhatsApp empfangen haben soll. Daraus seien keinerlei Zweifel an ihrer Eignung als Polizistin abzuleiten. In der Folge hob das Land auch die Suspendierung von acht weiteren Beamten wieder auf.

Dennoch trat Reul am Donnerstag im Landtag energisch dem Eindruck entgegen, er habe mit Kanonen auf Spatzen gezielt. „Wir mussten befürchten, dass eine ganze Dienstgruppe über Jahre hinweg schlimmste neonazistische, antisemitische und rassistische Hetze geteilt hat“, betonte er. Dass er keineswegs zu Unrecht Gefahr im Verzug sah und hart reagierte, machte der Innenminister anhand von konkreten, krassen Verfehlungen erstmals öffentlich.

Auf dem Handy eines Polizisten dieser Dienstgruppe, der sogar Kontakte zu den „Bandidos“ unterhalte und „regelmäßig seinen Feierabendbier mit Neonazis, Hooligans und Rockern in deren Stammkneipe trinkt“, seien bereits über 150 strafrechtlich relevante Handy-Inhalte gefunden worden, so Reul. Ein anderer Beamter habe sich mit Hitler-Gruß auf zwei Streifenwagen stehend ablichten lassen und Musik inkriminierter Bands gehortet.

Ein anderer Polizist habe Fotos von Weihnachtsbaum-Kugeln „mit SS-Runen und ‚Sieg Heil‘-Aufschriften“ gehortet. Ein weiterer sammelte Handy-Fotos, die ein aus Dienstmunition gelegtes Hakenkreuz zeigten. Dazu ein Video, auf dem mehrere Beamte bei einer Planwagenfahrt „Deutschland, Deutschland über alles“ grölen.

Es herrscht betretene Stille im Saal, als Reul schonungslos die Verfehlungen der Polizisten aus dem Präsidium Essen/Mülheim referiert. „Die Konsequenz war richtig. Da können Sie alle über mich herfallen, ist mir egal“, schnaubt Reul. Der gelernte Sozialwissenschaftslehrer, der sich mit einer „Null Toleranz“-Linie seit drei Jahren auf vielen Kriminalitätsfeldern einen Namen gemacht hat, lässt keinen Zweifel: Er will den braunen Sumpf trocken legen.

> **„Wir mussten befürchten, dass eine ganze Dienstgruppe über Jahre hinweg schlimmste neonazistische, antisemitische und rassistische Hetze geteilt hat.“**
> **Herbert Reul,** NRW-Innenminister

Aktuell ermittelten 100 Beamte in eigener Sache. Landesweit seien 151 Beschäftigte in den Sicherheitsbehörden durch extremistisches Verhalten aufgefallen. Gegen 113 seien dienst- oder arbeitsrechtliche Verfahren eingeleitet worden. Sechs Kommissaranwärter wurden entlassen. Zwei Regierungsbeschäftigte seien abgemahnt, einer sei gekündigt worden. Jeder zu Unrecht verdächtigte Beamte werde rehabilitiert, versicherte der Minister. Allerdings seien erst 40 Prozent aller inzwischen beschlagnahmten Datenträger ausgewertet worden.

Und schon jetzt zeichnet sich etwa in Essen/Mülheim ab, dass es bei der Aufklärung der Neonazi-Chats „Beifang“ geben werde, wie es Reul ausdrückte. Gegen zwei Polizistinnen und zwei Dienstgruppenleiter wird dort ermittelt, weil sie den gewalttätigen Übergriff eines der Chat-Teilnehmer gedeckt haben sollen. Er soll einen bereits fixierten Mann mit Wurzeln in Montenegro geschlagen haben. Einer der Vorgesetzten führte ausgerechnet die Mülheimer Dienstgruppe, die im Zentrum des Skandals steht. „Ich bin sicher“, bilanzierte Reul, „dass wir keine andere Möglichkeit hatten, als jedem Verdacht nachzugehen und jeden Verdächtigen erst einmal aus dem Dienstbetrieb zu nehmen.“

Wie groß ist der braune Sumpf bei der NRW-Polizei? Minister Reul will ihn auf jeden Fall trocken legen. FOTO: MARTIN MÖLLER / FFS

Neue Ermittlungen

- Nach Informationen dieser Zeitung gibt es im Essener Polizeipräsidium **einen weiteren Fall von Rechtsextremismus-Verdacht**. Die Staatsanwaltschaft bestätigte Ermittlungen gegen einen Essener Polizeibeamten. Der Polizist mit Dienstgrad eines Hauptkommissars wird verdächtigt, verfassungswidrige Kennzeichen – in diesem Fall den **„SS Totenkopf“** – benutzt zu haben: als Anstecknadel an einem Rucksack.

- Gemeldet hätten dies Kollegen des Beamten, sagte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft. **Aus Neutralitätsgründen** kümmere sich nicht das hiesige Polizeipräsidium um diesen Fall, sondern **die Polizei Bochum**.

„Wir werden wieder alle weggeschlossen“

Stadtwerke-Chef kritisiert Krisenmanagement

Von Ulf Meinke

Guntram Pehlke RR/FFS

Dortmund. Dortmunds Stadtwerke-Chef Guntram Pehlke blickt mit einer Mischung aus Verärgerung und Besorgnis auf die aktuelle Corona-Lage. „Wir haben in dieser Republik Menschen, die sich nicht an die Schutzmaßnahmen halten, und diese Menschen führen zu den berühmten Hotspots“, sagt Pehlke. „Darunter leiden wir jetzt alle. Wir werden alle wieder – ich übertreibe jetzt mal – weggeschlossen.“ Dies habe auch damit zu tun, dass der Staat „nicht in der Lage oder nicht willens“ sei „diese Menschen auf Spur zu bringen und dafür zu sorgen, dass sie sich an die Auflagen halten“.

Die Corona-Hotspots in Hamm, Bochum, Witten und Hagen seien in Dortmund hervorgerufen worden – bei Hochzeiten von Menschen „türkisch-arabischer Abstammung“, wie Pehlke sagte. Bei diesen Hochzeiten seien 150 Leute zugelassen, aber 300 im Saal gewesen. „Keiner hat die Veranstaltung geräumt, was man hätte tun müssen“, bemängelte der Stadtwerke-Chef in einer Video-Konferenz der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung (WPV).

Die Pandemie wirkt sich auch auf den Bus- und Bahnbetrieb der Stadtwerke in Dortmund aus. Derzeit gebe es sieben infizierte Beschäftigte, darunter mehrere Fahrer. Diese hätten sich nicht im Dienst, sondern im Privatleben infiziert, betonte Pehlke und verwies beispielsweise auf Scheiben zum Schutz der Busfahrer.

Pehlke forderte eine neue Strategie im Umgang mit Schutzmasken für die Bevölkerung. „Warum nicht FFP2-Masken, die auch einen Eigenschutz bieten, flächendeckend an die Bevölkerung verteilen und sagen, im öffentlichen Raum muss jeder, der nicht ein gesundheitliches Attest hat, diese Masken tragen? Das machen wir zwei Monate und dann müssten die Fallzahlen runtergehen“, sagte Pehlke. Alltagsmasken böten nicht den Selbstschutz, der sinnvoll sei.

Klagen könnten sich lohnen

Ein Lockdown sei zu pauschal, finden Verfassungsrechtler

Von Annika Fischer

Ruhrgebiet. Tür zu, Licht aus, schon wieder sind Gastronomie, Sportstudios, Kinos vom Lockdown betroffen. Die, von denen Experten sagen, sie seien gar nicht die Treiber der Pandemie. Die, die viel Geld investierten in Schutzmaßnahmen. Die ersten Betreiber denken darüber nach zu klagen. Verfassungsrechtler sagen: Das könnte sich lohnen.

Diesmal reicht Andreas Büdeker der Sandsack nicht mehr für seine Wut. „Blanke Willkür“ sagt der Besitzer des „Recover Fight Club“ in Essen, „wir werden sanktioniert und bestraft. Die machen unsere Existenz kaputt!“ Schutzmaßnahmen, sagt Büdeker, Masken, Abstand, Hygiene, „sofort dabei“, bei ihm dürfen die Freizeit-Boxer ja nicht einmal mehr mit Sparrings-Partnern trainieren. Trotzdem muss er jetzt wieder schließen, dabei: „Von uns geht kein Risiko aus.“

Andreas Büdeker wird sich wehren. Er will klagen. Gegen den Ministerpräsidenten persönlich.

Denn Armin Laschet und die Landesregierung schreiben die neue Corona-Schutzverordnung. Auf der Grundlage des Infektionsschutzgesetzes (IfSG), denn einen „allgemeinen Notfall“ gibt es in Deutschland nicht. Niemand könne hier, wie etwa in Frankreich, einen Ausnahmezustand ausrufen und damit das Land zusperren, sagt Oliver Lepsius, Professor für Öffentliches Recht und Verfassungstheorie an der Universität Münster. Das IfSG aber weiß nach neun Monaten immer noch nichts von Corona – was Verfassungsrechtler kritisieren: Darauf die Maßnahmen zu stützen, ist juristisch umstritten. Für Lepsius jedenfalls bietet es „keine hinreichende Ermächtigungsgrundlage für das Schließen von Betrieben“.

Auch Restaurants trifft der zweite Lockdown. FOTO: JOHN MACDOUGALL / AFP

Als im Frühjahr schon einmal ein Lockdown das Land lahmlegte, gab es dagegen kaum Klagen, die Rechtslage gilt als nicht geklärt. Sicher ist: Alle Maßnahmen müssen verhältnismäßig sein. Das heißt, sie müssen das Ziel erreichen, Infektionszahlen zu reduzieren. Wenn Restaurant-Schließungen das tatsächlich schafften, erklärt Lepsuis, müsse auch belegt werden, dass „kein milderes Mittel gleich gut dazu geeignet ist“. Würde sich also das Risiko einer Ansteckung durch Filter, Lüftung, Abstand, Sperrstunde, Ausschankverbot… minimieren lassen – dann wären sie alle „mildere Mittel“ als eine Schließung.

Diese, so Lepsius und ist sich darin mit Kollegen einig, seien nun aber alle „pauschal weggewischt worden. Das geht nicht“. Die Mittel seien „unverhältnismäßig“. Auch darüber, ob sie überhaupt angemessen seien angesichts von Kosten und Einschränkungen, sei bisher kaum gesprochen worden: Der Gesundheitsschutz ging immer vor. Klagen halten Juristen aus all diesen Gründen für aussichtsreich.

Manchem Gastwirt aber ist die Kraft ausgegangen. Erst vergangene Woche hatte etwa der Bochumer Christian Bickelbacher mit anderen Wirten gegen die Sperrstunde geklagt – vergeblich. Einen neuen Anlauf will er nicht nehmen. „Wir sind müde und ertragen das jetzt.“

KOMPAKT

Nachrichten aus NRW

Auto fährt in Gruppe – ein Toter

Kempen. In Kempen im Kreis Viersen ist ein Auto in eine Menschengruppe auf einem Rad- und Gehweg gefahren. Ein 12-Jähriger wurde getötet und es gebe mindestens drei Schwerverletzte, teilte die Polizei am Donnerstagabend mit. Der 30-jährige Autofahrer sei aus ungeklärter Ursache nach rechts von der Fahrbahn abgekommen. Die Verletzten seien mit Rettungshubschraubern von der Unfallstelle abtransportiert worden. Die Straße wurde gesperrt. *dpa*

Dortmund sagt doch Weihnachtsmarkt ab

Dortmund. Lange hatte die Stadt Dortmund am Weihnachtsmarkt 2020 festgehalten. Doch jetzt steht fest, dass alle Überlegungen und Hygienekonzepte nicht umgesetzt werden. Der Markt in Dortmund fällt aus, wie Veranstalter Patrick Arens am Donnerstag im Gespräch mit dieser Redaktion bestätigte. „Jetzt gerade ist es bitter“, sagte Arens hörbar niedergeschlagen. Er hoffe auf die von der Landesregierung angekündigten Kompensationszahlungen.

Supermarkt verbietet Einkaufen im Pyjama

Duisburg. Eine morgendliche Kundin mit Pyjama, Puschen und Morgenmantel hat den Duisburger Supermarktleiter Frank Schneider auf die Palme gebracht. Der 43-Jährige komplimentierte die Frau mitsamt ihrer Tochter – ebenfalls im Schlafdress – aus dem Edeka-Markt und hängte auch ein Verbotsschild auf: „Personen mit Morgenmantel oder Schlafanzug haben keinen Zutritt zu unserem Laden“. Der Dress sei „aus hygienischen Gründen nicht akzeptabel“.

A44-Sperrung bleibt wohl bis Dezember

Dortmund. Die Sperrung der A44 zwischen dem Kreuz Dortmund/Witten und Witten-Annen in Fahrtrichtung Bochum muss voraussichtlich bis Anfang Dezember verlängert werden, wie Straßen.NRW am Donnerstag mitteilte. Zwar habe man in einen Hohlraum unter der A44 660 Tonnen Beton schütten lassen – doch gebe es immer noch Löcher. Der mindestens zehn Meter hohe Hohlraum ist eine Hinterlassenschaft des Bergbaus.

GEWINNQUOTEN

Lotto am Mittwoch – Kl. 1: unbesetzt (Jackpot: 13.721.852,30 €);
Kl. 2: 740.867,70 €; **Kl. 3:** 15.107,80 €;
Kl. 4: 3544,20 €; **Kl. 5:** 199,10 €;
Kl. 6: 48,60 €; **Kl. 7:** 21,00 €;
Kl. 8: 10,70 €; **Kl. 9:** 6,00 €;
Spiel 77 – Kl. 1: unbesetzt (Jackpot: 4.277.583,50 €)
Super 6 – Kl. 1: 100.000,00 €
(ohne Gewähr)

WORTLAUT

> **„Ich habe im November 2019 gar kein Geld verdient, also kann man dafür ja auch keine 75 % ausrechnen.“**
> **Helge Schneider** kritisiert per Brief an Finanzminister Scholz die Bemessung der Corona-Hilfe. „Bitte mache das anders“ schrieb er dem Minister.